



Foto: Brad Pict; somartin/fotolia

**Die Europäische Union setzt sich aktuell aus 28 Mitgliedstaaten zusammen, in denen insgesamt über 500 Millionen Menschen leben.**

Europa und die USA verhandeln über TTIP

# Freier Handel mit sozialen Standards?

Seit fast zwei Jahren verhandelt die Europäische Union (EU) mit den USA über ein Freihandelsabkommen. Der „Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft“ (TTIP) würden rund 800 Millionen Verbraucher angehören. Während sich die Befürworter von TTIP mehr Wachstum und neue Jobs erhoffen, warnen die Gegner des Abkommens vor einem Absenken der in Europa herrschenden sozialen Standards. Wer hat recht? Oder ist beides möglich – freier Handel mit einem hohen Schutz der Verbraucher?

Die Verhandlungen über den weltgrößten Wirtschaftsraum finden hinter verschlossenen Türen statt, nur vereinzelt dringen Details nach außen. Genau das kritisieren Verbände und Organisationen. Verbunden mit der Forderung nach mehr Transparenz hat der SoVD seine Bedenken in Form eines Fragenkataloges an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geschickt (siehe Bericht auf dieser Seite).

**Bleibt es bei den sozialen Standards in Europa?**

Gabriel zeigte Verständnis für den Wunsch nach einer offeneren Information über die Verhandlungsinhalte und setzt sich in diesem Punkt für mehr Transparenz ein. Bezogen auf eine Verschlechterung der in Europa geltenden Schutzregeln gibt er Entwarnung. Es würden keine Sozialstandards abgesenkt und auch keine Umweltstandards ausgehebelt.

Verbraucherschützer finden das wenig beruhigend. Sie befürchten, dass es künftig zu keinen Verbesserungen im Umweltschutz oder im Lebensmittelrecht mehr komme, weil man hierfür auf die Zustimmung des künftigen Handelspartners USA angewiesen sein könnte.

**Was ist eine regulatorische Zusammenarbeit?**

Ebenfalls im Gespräch ist eine „regulatorische Zusammenarbeit“ von Vertretern der USA und der EU-Mitgliedstaaten. Dabei soll in einem eigens geschaffenen Gremium überprüft werden, inwieweit einzelne Vorschriften und Gesetze der an TTIP beteiligten Länder den freien Handel behindern.

Der SoVD bewertet dieses Vorgehen als höchst problematisch. Zum einen gibt es für eine Überprüfung von Gesetzen demokratische Prozesse und gewählte Parlamente; zum anderen sollten die Interessen der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle stehen und nicht die der Wirtschaft.

**Werden Staaten demnächst von Unternehmen verklagt?**

Auch zu den Plänen, mit TTIP ein Abkommen zum Schutz von Investoren zu verbinden, gab es bereits eine Konsultation. Damit könnten Unternehmen künftig gegen Staaten klagen. Wie das geht, macht der schwedische Konzern Vattenfall auf Basis einer ähnlichen Regelung derzeit vor: Wegen des Atomausstieges verklagt der Betreiber von Kraftwerken die Bundesrepublik Deutschland auf 4,7 Milliarden Euro Schadensersatz.

Auch hier will Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf Korrekturen drängen. Von privaten Schiedsgerichten, die unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen, hält er wenig. Gabriel regte daher die Schaffung eines Handelsgerichtshofes an, vor dem derartige Verfahren durchgeführt werden könnten.

Die Verhandlungen um die Ausgestaltung von TTIP gehen weiter. Welche Vorschläge sich am Ende durchsetzen, bleibt



Fotos: UbjSP; somartin/fotolia

**Die Vereinigten Staaten von Amerika bestehen aus 50 Bundesstaaten mit insgesamt rund 317 Millionen Einwohnern.**

offen; ein konkreter Vertragsentwurf wird frühestens zum Ende dieses Jahres vorliegen, vermutlich sogar erst später. Der SoVD wird den Prozess auf jeden Fall auch weiterhin intensiv begleiten. *job*

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel beantwortet Fragen des SoVD

# „Grundsätze des Sozialstaats erhalten“

Das geplante Handelsabkommen hätte auch für die Menschen in Deutschland weitreichende Folgen. Der SoVD wandte sich daher an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments sowie an den Kommissionspräsidenten und an die Bundeskanzlerin. In einem Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) machte SoVD-Präsident Adolf Bauer auf die Sorgen im Zusammenhang mit TTIP aufmerksam. In einem längeren Brief ging Gabriel später noch einmal schriftlich auf die ihm vom SoVD gestellten Fragen ein. Die Antworten des Ministers drucken wir an dieser Stelle in Auszügen ab.

*Es ist auch für mich ein wichtiges Anliegen, die Grundsätze des Sozialstaats zu erhalten und zu stärken. Deshalb stimme ich mit Ihnen überein, dass sie durch Handelsabkommen*

*nicht infrage gestellt werden dürfen. Ich möchte Ihnen aber auch versichern, dass nicht alle Befürchtungen, die in der Öffentlichkeit kursieren, eine reale Grundlage haben. (...)*

*möglichkeit vorzusehen und zu verhindern, dass Entscheidungen nationaler Gerichte im Rahmen von Schiedsverfahren überprüft werden. (...)*

*Kommission veröffentlicht alle Verhandlungspapiere der EU, das ist ein großer Schritt für mehr Transparenz. (...)*



Die EU wirbt im Zusammenhang mit TTIP für mehr Transparenz. Zu den Verhandlungen werden daher zahlreiche Informationen veröffentlicht. Wenn Sie sich einen Überblick verschaffen wollen, gehen Sie im Internet einfach auf die Seite [ec.europa.eu/deutschland](http://ec.europa.eu/deutschland).

*Zum Investitionsschutz und Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) habe ich gemeinsam mit Handelsministern anderer Mitgliedstaaten Vorschläge zur Modernisierung des Investitionsschutzes vorgelegt. Ich halte es insbesondere für erforderlich, den gesetzgeberischen Spielraum zu wahren, auf feste Regeln für die Auswahl der Richter und eine stärkere Einbeziehung von Berufsrichtern zu drängen, eine Berufungs-*

*Zum Verhandlungsprozess darf ich Ihnen versichern, dass die Mitgliedstaaten von Beginn an in die Positionsbestimmung der EU einbezogen werden. (...) Ich habe einen Beirat für die TTIP-Verhandlungen berufen, um alle gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland einzubeziehen. Die Öffentlichkeit wird nach meinem Eindruck durch eine Fülle von Informationsveranstaltungen über Inhalt und Ziele des TTIP-Abkommens informiert. Die EU-*

*Zur regulatorischen Kooperation kursieren derzeit viele falsche Behauptungen. (...) Ziel ist es insbesondere, möglichst auf internationaler Ebene Verständigungen auf technische Normen und Standards oder deren gegenseitige Anerkennung zu erzielen. Das spart Unternehmen Kosten im Produktionsprozess und ist gut für die Verbraucher, wenn beispielsweise das Ladegerät für das Handy weltweit funktioniert. Anders als vielfach behauptet, ist nicht vorgesehen,*

*einen Regulierungsrat einzurichten, der anstelle von Parlamenten oder Regierungen Entscheidungen treffen kann. Im Gegenteil: Das angestrebte Regulierungsgremium kann und soll Überlegungen zur Regulierungszusammenarbeit sichten und bündeln, daraus ggf. Vorschläge entwickeln. Die Regulierung obliegt damit weiterhin den dafür in der EU zuständigen Institutionen wie Kommission, Rat und Europäischem Parlament. (...)*



Foto: Bergmann/Bundesregierung

**Sigmar Gabriel, MdB, Bundesminister für Wirtschaft und Energie**